

BLICK ZURÜCK

Das skurrile Protokoll einer postkolonialen Safari

Vor 50 Jahren bereist erstmals ein Bundesrat Afrika

Die halboffizielle Besuchstour von Aussenminister Willy Spühler im Sommer 1969 wirft ein Schlaglicht auf die Schweizer Entwicklungshilfe in Rwanda. Die ethnische Gewalt im Land bleibt ausgeblendet.

THOMAS BÜRGISSER

«Scharen von Giraffen, die über die Bäume hinweg neugierig die hohen Gäste mustern, Tausende von Zebras, Wildebeests, Impalas, Thompson-Gazellen, Straussen, Haartebeests, Warthogs», notiert Hans Karl Frey. Wie so oft, wenn weisse Männer Afrika beschreiben, steht das Animalische im Zentrum. Zumal wenn sie auf Safari sind. «Die Tiere sind die Herren des Landes, der Mensch bloss ein Zaungast», so der Schweizer Diplomat. Die «hohen Gäste», die der Botschafter in Kenya durch den Nairobi-Nationalpark kutschieren lässt, sind derweil keineswegs Staffage: Unter ihnen ist niemand Geringeres als Bundesrat Willy Spühler, der Aussenminister der Eidgenossenschaft, der im Juli und August 1969, als erstes Mitglied der Landesregierung überhaupt, afrikanischen Boden betritt. Frey begleitet Spühler und dessen Frau Anna auf ihrer rund dreiwöchigen «halboffiziellen» Ferienreise durch Ostafrika.

Botschafter Frey rapportiert die Ereignisse detailliert. Sinn für das Dramatische scheint ihm dabei ebenso zu liegen wie eine Prise brav-eidgenössischer Beamtenhumor: «Bald nach Eintritt in den Park stürzten sich Paviane auf den Botschaftswagen», hält er in seinem Bericht fest: «Einer macht sich an der Schweizer Fahne zu schaffen und will sie verzehren, wird aber an dieser völkerrechtswidrigen Handlung im Interesse der guten Beziehungen der beiden Länder mit Erfolg gehindert.»

Die «Schweiz Afrikas»

Neben aufregenden Grosswildschauen und tropischen Sternennächten auf den Terrassen der Lodges absolviert Frey mit dem Ehepaar Spühler in Ostafrika ein intensives Besuchsprogramm. Der

Den Hutu kam die Rolle der Urschweizer Freiheitskämpfer zu. Die Tutsi wurden mit den Habsburger-Feudalherren gleichgesetzt.

Vorsteher des Aussendepartements trifft zahlreiche Fachminister und hohe Beamte sowie die Staatspräsidenten von Kenya, Uganda und Rwanda zu Gesprächen. Er besucht lokale Schulen, Spitäler und die Klublokale der «Schweizer Kolonie». Spühlers besonderes Interesse gilt den Projekten der noch jungen schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, allen voran der rwandischen Kooperative der Kaffeeproduzenten und -konsumenten Trafipro («travail, fidélité, progrès»).

Rwanda ist das erste «Schwerpunktland» der 1961 aus der Taufe gehobenen «technischen Hilfe»; das Genossenschaftsprojekt Trafipro das «Probe- und Lehrstück, ein kleines, feines Schaufenster, wo die Schweiz in Afrika glänzen kann», wie der Historiker Lukas Zürcher sagt. Er hat die engen Beziehungen zwischen der Schweiz und Rwanda detailliert nachgezeichnet. Eng deshalb, weil schon die Schweizer Missionsleute zu Beginn



Bundesrat Willy Spühler referiert im Nationalratssaal, Aufnahme von 1968.

KEYSTONE

des 20. Jahrhunderts das Land mit seinen Schneebergen, Hügeln, seinen Kühen und der genügsamen Hutu-Bauernschaft als der helvetischen Alpenrepublik nahe verwandt imaginiert hatten.

Auch die staatlich gelenkte Entwicklungszusammenarbeit bediente solche Bilder. Die an keine Wirtschaftsinteressen gekoppelte und deshalb «idealistische Entwicklungshilfe» für das überschaubar kleine, «dem Emmental gleichende grüne Hochland», heisst es in einer Notiz von 1963, dürfte wohl «auf die moralische Unterstützung durch einen grossen Teil des Schweizervolkes zählen». Die «Bergbauernrepublik im Innersten Afrikas» mit «seinen arbeitssamen Menschen» sollte zum wirtschaftlich erfolgreichen, neutralen Kleinstaat, zur «Schweiz Afrikas» entwickelt werden. Die Trafipro-Kooperative – für die genossenschaftsaffine Schweizer Politik ein durchaus unterstützenswertes Projekt – entwickelt sich, so Zürcher, bald zu einem der grössten Unternehmen Rwandas. Eng verzahnt mit diesem war Rwandas mächtiger Staatspräsident Grégoire Kayibanda. Als Angehöriger der Hutu-Bevölkerungsmehrheit erkämpfte er sich 1962 mit der Unabhängigkeit von der belgischen Mandatsmacht den Platz an der Spitze der jungen Republik. Im Unabhängigkeitskampf flohen viele Angehörige der Tutsi-Minderheit – zu Kolonialzeiten die soziale Elite – in die Nachbarländer und wurden von den Hutu massakriert oder vertrieben. Ein Teil der Exilanten versuchte 1963/64 und 1966 militärisch zurückzukehren. Unter Kayibanda reagierten die Hutu mit weiteren Gewaltexzessen gegen Tutsi.

Lukas Zürcher hat herausgearbeitet, wie die Schweizer Akteure zur Erklärung der zunehmend ethnisierten Konflikte innerhalb der rwandischen Gesellschaft auf völlig verkürzte Analogien zur mystischen Gründungsgeschichte der Eidgenossenschaft zurückgriffen. Den Hutu kam hierbei die Rolle der Urschweizer Freiheitskämpfer zu. Die Tutsi wurden dagegen mit den Habsburger-Feudalherren gleichgesetzt.

Im Gegensatz zum apolitischen Selbstbild des «Dienstes für technische Zusammenarbeit» war die heutige Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) durchaus in den Konflikt involviert. Von der Trafipro profitierte vor allem Kayibandas Entourage, wobei die Genossenschaft immer mehr zum Zankapfel divergierender Machtinteressen

innerhalb der Hutu-Führung geriet. Anfang 1973 wurden im Zuge einer «Rwandisierung» der Genossenschaft alle als Tutsi identifizierten Mitarbeitenden der Trafipro entlassen. Eine herausragende Rolle spielte auch Spühlers Reiseleiter Hans Frey. Vor seiner Berufung auf den Botschafterposten in Nairobi war der Diplomat zwischen 1963 und 1965 der erste in einer langen Reihe von Schweizer Beratern der rwandischen Regierung.

Mit Rwandas Präsidenten pflegte Frey einen sehr vertrauten Umgang. In persönlichen Gesprächen mit Kayibanda protestierte er 1964 heftig gegen die Massaker. Die Regierung müsse sich an «die Spielregeln, wie sie nun einmal für einen zivilisierten Staaten gelten», halten. «Mit aller Krassheit» machte er Kayibanda klar, dass davon die Unterstützung der Eidgenossenschaft abhänge. Gleichzeitig warb Frey in der Schweiz für Verständ-

Vom Hilfsprojekt profitierte vor allem die Entourage von Rwandas Staatspräsidenten Kayibanda.

nis. Man dürfe nicht «das Spiel des Gegners spielen» und der Tutsi-Propaganda Glauben schenken. Mit Verve appellierte Frey 1966 in einem Brief an Bundesrat Spühler, «dass wir in Rwanda bei der Stange bleiben sollten». Den Guerillakrieg der Tutsi-Flüchtlinge schilderte er als von «China ev. Cuba» unterwanderte Kommandoaktion. Schon allein aus anti-kommunistischen Erwägungen sollte die Schweiz ihr Unterstützungsprogramm weiterführen. Auch habe man schon zu viel investiert, um nun «die einmal in Angriff genommene Aufgabe fallen zu lassen»: «Wenn Entwicklungshilfe mehr als blosses Almosentätigkeit sein soll», so Frey, «kommt man nicht darum herum, zu Prinzipien, die einem wert sind, zu stehen und auch Risiken auf sich zu nehmen.»

1969 hat Frey die Gelegenheit, seinen obersten Vorgesetzten vor Ort von einem Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit zu überzeugen. Beim feierlichen Empfang im Verwaltungsgebäude

der Trafipro traktieren «rot-weiss gekleidete Trommler ihre kindsgrossen, mit Tierfellen überzogenen Instrumente». Das Gespräch Spühlers mit Kayibanda entwickelt sich zwar nur mühsam, doch besticht Rwandas Präsident durch seinen puritanisch-bescheidenen Lebensstil. Am 1. August begeht Spühler mit über hundert Schweizerinnen und Schweizern den Nationalfeiertag bei Kigali.

Das lauernde Krokodil

1994 führt der Antagonismus zwischen Hutu und Tutsi schliesslich zum blutigen Völkermord. Freys vor fünfzig Jahren verfasstes, skurril anmutendes Safariprotokoll kann als Menetekel für die postkolonialen Verstrickungen der Schweiz in Rwanda gelesen werden. Zwar waren sich die massgeblichen Akteure der Spannungen durchaus bewusst, sie blendeten jedoch die rassistische Gewaltproblematik bis zuletzt aus und setzten auf Durchhalteparolen.

Bezeichnenderweise sind es wiederum die wilden Tiere, die den dramatischen Höhepunkt der Ostafrikareise des Schweizer Aussenministers verantworten. Auf dem Oberlauf des Nils in Uganda gerät das Motorboot mit dem Ehepaar Spühler an Bord in unheimliche Nähe eines am Flussufer lauernden Krokodils. «Der Anblick erinnert an die Legenden vom feuerspeienden Drachen und wirkt höchst bedrohlich», schildert Frey die dramatische Situation. «Wie, wenn die Bestie ins Boot spränge? Die Headlines in der Weltpresse wären nicht auszumalen.» Solche Schlagzeilen bleiben aber aus. Anfang August kehrt der Bundesrat in die Schweiz zurück. Die Reise habe ihn davon überzeugt, berichtet Spühler nach seiner Rückkehr dem Regierungskollegium, «dass wir mit unserer Entwicklungspolitik auf dem richtigen Wege sind».

Thomas Bürgisser ist Historiker bei der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis). Die erwähnten Dokumente sind online verfügbar: www.dodis.ch/C11668.

BLICK ZURÜCK

Jede Woche beleuchtet die NZZ ein historisches Ereignis. Die Beiträge der Serie finden Sie auf:

NZZ nzz.ch/schweiz

Nach acht Jahren im Bundesrat soll Schluss sein

CVP-Präsident Pfister plädiert für eine Amtszeitbeschränkung

hhs. · Das Erstarren der grünen Parteien bei den Wahlen stellt die heutige Zauberformel für den Bundesrat infrage: Dass die SVP und die FDP zusammen vier der sieben Magistraten stellen, entspricht nicht mehr den Mehrheitsverhältnissen im Parlament. Die Chancen, dass Regula Rytz am nächsten Mittwoch die erste grüne Bundesrätin wird, sind zwar klein. Aber eine Reform des Konkordanzsystems tut not – zumindest, wenn man CVP-Präsident Gerhard Pfister glauben will.

Pfister brachte am Samstag in einem Interview mit den Zeitungen der CH-Media eine alte Idee wieder ins Spiel: eine Amtszeitbeschränkung. Bundesräte sollen jeweils für eine Legislatur gewählt werden und höchstens für eine zweite Wahl antreten dürfen. «Wenn acht Jahre für einen amerikanischen Präsidenten genug sind, weshalb nicht für einen Bundesrat?», fragt Pfister. Er spricht sich auch gegen die Rücktritte während der Legislatur aus, die oftmals den Parteien zur Profilierung vor den Wahlen dienen. «Wir müssen aufhören mit dem selbst gewählten, biografisch oder parteipolitisch motivierten Rücktritt.»

Pfister will das System so takten, dass es bei jeder Gesamterneuerungswahl zu Beginn der Legislatur drei beziehungsweise vier Vakanzen gäbe. «Durch erhält die Bundesversammlung mehr Möglichkeiten zur Anpassung der Regierungszusammensetzung. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen könnten besser bei der Zusammensetzung des Bundesrats abgebildet werden.» Dadurch liesse sich auch verhindern, dass die Stabilität des Systems durch Abwahlen untergraben werde – so wie es 2003 CVP-Frau Ruth Metzler widerfuhr und 2007 SVP-Doyen Christoph Blocher.

Dass gerade eine Anpassung der Zusammensetzung des Bundesrats an den Wählerwillen alle vier Jahre die Stabilität des Systems gefährden würde, glaubt Pfister nicht. «Wir hatten soeben die volatilsten Wahlen der letzten hundert Jahre. Und es wird nun über die Verschiebung eines einzigen Sitzes diskutiert. Das ist doch kein Umsturz der Verhältnisse.» Stabilität heisse auch, dass sich Wahlergebnisse und damit Verschiebungen der Machtverhältnisse im Parlament mittelfristig in der Zusammensetzung der Regierung abbilden könnten. Den FDP-Bundesräten Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter eine achtjährige Amtszeit zusichern mag Pfister nicht. Da die beiden Freisinnigen erst seit relativ kurzer Zeit in der Regierung sitzen, dürften sie bis 2025 beziehungsweise 2026 im Amt bleiben – und entsprechend lange müssten die Grünen auf eine eigene Bundesrätin oder einen eigenen Bundesrat warten. Der CVP-Chef will jedoch einen «zeitnahen» Übergang zum von ihm propagierten Modell.

Limite für Wintersportler

Die Jungfrauabfahrten wollen die Zahl der Skifahrer begrenzen

(sda) · In einem Teil des Jungfrau-Ski-gebiets soll die Zahl der Ski- und Snowboardfahrer limitiert werden. Die Jungfrauabfahrten wollen auf den Pisten oberhalb von Wengen und Grindelwald künftig maximal 17 800 Menschen pro Tag herumfahren lassen. Der Direktor der Jungfrauabfahrten, Urs Kessler, gab die Begrenzung in einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» bekannt. Diese Absicht gründe nicht nur auf Überlegungen des Umweltschutzes, sondern auch auf solchen des Marketings, sagte er. Je knapper ein Gut sei, desto wertvoller sei es. Schon seit 2009 begrenzen die Jungfrauabfahrten die Zahl der Gäste auf dem Jungfraujoch.